

Rekrutierungsprozesse österreichischer Regierungsmitglieder im Geschlechtervergleich

Schwediauer, Veronika

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwediauer, V. (2012). Rekrutierungsprozesse österreichischer Regierungsmitglieder im Geschlechtervergleich. *SWS-Rundschau*, 52(1), 47-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-381930>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rekrutierungsprozesse österreichischer Regierungsmitglieder im Geschlechtervergleich

Veronika Schwediauer (Wien)

Veronika Schwediauer: *Rekrutierungsprozesse österreichischer Regierungsmitglieder im Geschlechtervergleich* (S. 47–68)

In Rekrutierungsprozessen für politische Spitzenpositionen verdichten sich gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse, in die vergeschlechtlichte Strukturen eingelegt sind. Durch eine geschlechtervergleichende Untersuchung von politischen Rekrutierungsprozessen können wichtige Schlüsse über die Ausgestaltung dieser vergeschlechtlichten Machtverhältnisse gezogen werden. Im bisherigen Literaturkorpus zu politischer Rekrutierung (und Geschlecht) fehlt die Perspektivierung von Macht. Bourdieus machtzentrierte Begriffskonzepte des Feldes und des Kapitals stellen wertvolle Werkzeuge dar, um in diese Lücke vorzustoßen und eine geschlechtervergleichende (Macht-) Analyse von Rekrutierungsprozessen zu leisten. In diesem Beitrag werden die verfügbaren Kapitalien und die politischen Karrierewege der österreichischen Regierungsmitglieder von 1966 bis 2006 sowie ihre geschlechtsspezifischen Effekte untersucht.

Schlagnworte: Bourdieu, Geschlechterverhältnisse in der österreichischen Politik, politische Karrieren, politische Rekrutierung, Rekrutierung von Regierungsmitgliedern

Veronika Schwediauer: *Recruitment Processes of Austrian Members of Government in a Gender Comparative Perspective* (pp. 47–68)

Political recruitment processes represent products of the societal and political power relations, which bear gendered structures. A gender-comparative analysis of political recruitment processes is apt to uncover these gendered power relations. A theoretical perspective on power is completely absent in the hitherto produced literature on political recruitment (and gender). Bourdieu's power-centered concepts of field and capital are valuable tools to bridge this gap and to endeavor a gender-comparative (power) analysis of recruitment processes. This article investigates the capital forms and the political careers of the Austrian members of government and their gender-specific effects from the time frame of 1966 to 2006.

Keywords: Bourdieu, gender relations in Austrian politics, political careers, political recruitment, recruitment of government members

1. Einleitung

Rekrutierungsprozesse in politische Spitzenfunktionen stellen Produkte der herrschenden Machtverhältnisse in der Politik (und in der Gesellschaft) dar, die vergeschlechtlichte Strukturen aufweisen. Durch die geschlechtervergleichende Analyse von Rekrutierungsprozessen können wertvolle Aussagen über diese vergeschlechtlichten Machtstrukturen getroffen werden. Die Konzeptionalisierung von Machtverhältnissen fehlt in der bisherigen Literatur zu politischer Rekrutierung (und Geschlecht) allerdings gänzlich. In diesem Beitrag soll gezeigt werden, wie wertvoll die machtzentrierten Konzepte Bourdieus zu Kapital und Feld für die Analyse von vergeschlechtlichten Rekrutierungsprozessen sind. Dieses Vorhaben wird durch die geschlechtervergleichende Analyse der Rekrutierungsprozesse von österreichischen Regierungsmitgliedern zwischen 1966 und 2006 eingelöst. Der Artikel fokussiert auf der Untersuchung der Kapitalien und der politischen Karrierewege der österreichischen Regierungsmitglieder auf einer geschlechterdifferenzierenden Ebene.

In diesem Beitrag werden zunächst der Forschungsstand (Kap. 2), die theoretischen Grundlagen (Kap. 3), die Methodologie und die verwendeten Daten (Kap. 4) erläutert sowie Rekrutierungsprozesse definiert (Kap. 5). Es folgt die Analyse der Kapitalien sowie der politischen Karrierewege der Regierungsmitglieder (Kap. 6 und 7). Die Ergebnisse werden abschließend im Resümee zusammengefasst (Kap. 8).

2. Forschungsstand

Der Stand der Literatur zu politischer Rekrutierung in Österreich kann nur als äußerst bescheiden beschrieben werden. Der bestehende Korpus ist insgesamt nicht sehr umfangreich, die meisten der existierenden Texte sind zudem veraltet (z. B. Freytag 1958, Naßmacher 1968, Pelinka 1970, Fischer 1982/1974, Baumgartner 1983) oder fokussiert auf Perioden bis zu den 1970er-Jahren (Stimmer 1997). Einige Studien setzen sich mit dem Selektionssystem für den Nationalrat auseinander (Freytag 1958, Fischer 1982/1974, Stirnemann 1988, Naßmacher 1968), während andere allgemeiner auf die Bildung »politischer Eliten« ausgerichtet sind (Pelinka 1970, Stimmer 1997, Baumgartner 1983, Dachs u. a. 1995). Explizit mit den PositionsinhaberInnen der Bundesregierung ist nur der Artikel von Müller u. a. (1988) befasst. In einigen der genannten Literaturhinweise werden Rekrutierungsprozesse nur als Teilaspekt eines breiter angelegten Themenbereichs behandelt (z. B. Fischer 1982/1974, Naßmacher 1968). Die Texte von Pelinka (1970) und Stirnemann (1988) liefern einen guten Einblick in die Rekrutierungsprozesse in der SPÖ und der ÖVP. Baumgartner (1983) widmet sich – nach einem zusammenfassenden Blick auf die politische Elitenbildung in der SPÖ und der ÖVP – einer Sozialstrukturanalyse der parlamentarischen Mitglieder. Im Buch von Dachs u. a. (1995) werden Rekrutierungsprozesse allgemein wie z. B. Aspekte politischer Karrieren, die Sozialstruktur und politische Orientierungen nur einleitend und abschließend thematisiert, im Zentrum steht die biographische Darstellung von 75 »politischen Stars«. Müller u. a. (1988) liefern eine Analyse der Regierungsmitglieder hinsichtlich

ihrer Sozialstruktur sowie einiger Rekrutierungskriterien wie ExpertInnenwissen, Kompetenz oder frühere Regierungserfahrung. Von den politischen Parteien werden zum Großteil die SPÖ und die ÖVP – kaum die FPÖ – behandelt, was dem Alter der Forschungsarbeiten zuzuschreiben ist. Die Kategorie Geschlecht wird in der Literatur zudem meist nicht berücksichtigt. So Geschlecht thematisiert wird, wird häufig nur die biologische Geschlechtszugehörigkeit abgefragt (Baumgartner 1983, Müller u. a. 1988). Die vergeschlechtlichten Strukturen politischer Rekrutierung werden in den wenigen existierenden Forschungsarbeiten nur im Rahmen einer breiteren Fragestellung erörtert (Neyer 1985, 1997, Steininger 1992, 2000, 2001, 2006, Niederkofler 2004). Sehr gute, vereinzelte Analysen liefert z. B. Neyer (1985, 1991).

Der definierte Korpus weist in großen Teilen relativ wenig Innovationspotenzial auf; die meisten Studien wiederholen die oft in den 1960er- und 1970er-Jahren vereinzelt entwickelten Thesen. Eine neue (theoretische) Strukturierung des Wissens über Rekrutierung oder ein substanzieller Fortschritt in der Erfassung der komplexen Verhältnisse von politischen Karrieren und Rekrutierungen bleiben zum Großteil aus. Letztlich muss das Forschungsgebiet als theoretisch unterversorgt charakterisiert werden; theoretische Verknüpfungen werden – wenn überhaupt – meist zu dem deutschen Forscher Herzog (z. B. 1975) gemacht (z. B. Steininger 1999, Baumgartner 1983). Resümierend fehlt es nicht nur an Wissen, wie Mechanismen politischer Rekrutierung – vor allem für die Bundesregierung – funktionieren und welche geschlechterdifferenzierenden Effekte sie aufweisen, es gab bisher auch keinen substanziellen theoretischen Ansatz, um diese Abläufe zu verstehen.

Im internationalen Forschungsfeld an den Schnittpunkten von politischer Rekrutierung und Geschlecht sind – durch die Fokussierung dieses Beitrags auf politische Rekrutierungsprozesse eines Landes – vor allem Studien relevant, die nationale Kontexte erforschen (z. B. Sanbonmatsu 2006, Norris/Lovenduski 1995, Carroll 1994/1985, Chapman 1993, Haavio-Mannila et al. 1985, Kunovich/Paxton 2005, Lovenduski/Norris 1989, Epstein 1981). Einige dieser Arbeiten verlinken empirische Analysen von geschlechtsspezifischen Strukturen in politischen Rekrutierungsprozessen mit einer theoretischen Diskussion zu demokratietheoretischen Repräsentationsfragen (z. B. Carroll 1994/1985). Andere Studien fokussieren auf die Frage, ob sich die subjektiv erlebten Erfahrungen von Frauen und Männern in Rekrutierungsprozessen unterscheiden (z. B. Lovenduski/Norris 1989), erarbeiten die strukturellen Hindernisse für weibliche Repräsentation (so etwa Carroll 1994/1985, Lovenduski/Norris 1989) oder untersuchen den spezifischen Einfluss weiblicher Amtsträgerinnen auf das öffentliche Leben oder die Ausgestaltung von policies (z. B. Norris 1996, Lovenduski/Norris 2004). Resümierend beinhalten die meisten Arbeiten kein theoretisch-analytisches Verständnis, das für die unternommene Untersuchung geschlechtsspezifischer Strukturen in politischen Rekrutierungsprozessen herangezogen werden könnte.

Die Mehrheit der vorgefundenen relevanten theoretisch-analytischen Konzepte zu politischer Rekrutierung wurde für die Untersuchung von parlamentarischer Rekrutierung entwickelt. Die diskutierten parlamentarischen Selektionsprozesse weisen allerdings häufig gänzlich andere Charakteristika als die Rekrutierungsprozesse

in die österreichische Bundesregierung auf wie etwa einen stark formalisierten Charakter, die Möglichkeit der Selbstbewerbung für die KandidatInnen wie in Großbritannien (z. B. Norris/Lovenduski 1995) oder das sogenannte »self-entrepreneurship« in den USA (z. B. Sanbonmatsu 2006). Infolgedessen werden in diesen Arbeiten in weiten Teilen theoretische Aspekte diskutiert, die für die Personalauswahl für die österreichische Bundesregierung keine Relevanz besitzen. Die Regierung oder das Kabinett steht im Vergleich dazu relativ selten im Zentrum der Analyse. Bei den wenigen existierenden Forschungsarbeiten sprechen unterschiedliche nationale Charakteristika gegen eine direkte Übertragung der analytischen Werkzeuge auf den österreichischen Fall (z. B. Martin 1997). Insgesamt stellt nur das analytische Modell von Norris/Lovenduski (1995), das auf der Logik von Angebot und Nachfrage basiert, einen wichtigen Ankerpunkt für das theoretisch-analytische Verständnis von politischer Rekrutierung und Geschlecht in diesem Beitrag bereit. Obwohl sich das Konzept durch analytische Klarheit auszeichnet, muss vor allem das Fehlen der Machtperspektive, die essenziell für das Begreifen politischer Abläufe ist, kritisiert werden.

3. Theoretische Grundlagen

Wie in Kapitel 2 problematisiert wurde, fehlt ein überzeugendes machttheoretisch-analytisches Konzept, um politische Rekrutierungsprozesse in die österreichische Bundesregierung und deren geschlechterdifferenzierende Wirkungen zu begreifen. Bourdieus machtzentrierte Begriffe des Feldes und der Kapitalien stellen nutzbringende Werkzeuge für diese Analyse zur Verfügung.

Ein Feld kann als Kräftefeld definiert werden, das zu einem spezifischen Zeitpunkt eine bestimmte Struktur von Kräfteverhältnissen aufweist (Bourdieu 2005/1995, 30; 2001, 35). Politisches Kapital ist eine spezifische Form symbolischen Kapitals, die im politischen Feld zum Einsatz kommt (Bourdieu 2001, 34). Die Player eines Feldes besetzen verschiedene Positionen im Feld, die mit unterschiedlichen Mengen von politischem Kapital ausgestattet sind, und werden in Relation zu den Positionen der anderen AkteurInnen des Feldes gesehen (Bourdieu 2001, 35; 1997/1991, 171). Das politische Feld muss – auch an die Konzepte zur Männlichkeit des Staates angelehnt (Sauer 2003, 2004, Kreisky 1995, 1997) – als männliches Feld begriffen werden, in das ungleiche Geschlechterverhältnisse eingelegt sind (Krais 2000, 34). Durch die Analyse der Karrierewege von InhaberInnen bundespolitisch bedeutender Positionen (wie der Regierungsmitglieder) werden die vergeschlechtlichten Machtverhältnisse innerhalb der Parteien – zwischen den verschiedenen Parteigruppen oder -akteurInnen (z. B. Bünde, Gewerkschaften, Regionalparteien etc.) – sowie im politischen Feld allgemein sichtbar.

Bourdieu differenzierte in kulturelles, ökonomisches und soziales Kapital sowie – als übergreifende Kapitalform – symbolisches Kapital, um die Positionen von Individuen im sozialen Raum zu lokalisieren (Bourdieu 1995/1985, 12; 1992, 52). Politisches Kapital ist eine genuine Kapitalform des politischen Feldes und lässt sich auf individueller Ebene in persönliches und delegiertes politisches Kapital differenzieren (Bourdieu

1997/1991, 194): Ersteres ist an eine spezifische Person geknüpft und gründet u. a. darauf, »berühmt« oder »populär« zu sein. Es handelt sich oft um ein Produkt einer Kapitalumwandlung von Ruhm, der in einem anderen Bereich außerhalb des politischen Feldes akkumuliert wurde (Bourdieu 1997/1991, 194). Delegiertes politisches Kapital entsteht dadurch, dass Organisationen, die symbolisches bzw. politisches Kapital angehäuft haben, das von ihnen akkumulierte Kapital an bestimmte Personen transferieren (Bourdieu 1997/1991, 194–196; 2001, 34; Fritsch 2001, 15). Dieser Verleih von politischem Kapital an bestimmte Individuen kann nur das Resultat einer über einen langen Zeitraum getätigten Investition von Zeit, Arbeit, Engagement und Hingabe der Person zu der Institution sein, weil die Institution nur in jene investiert, die in die Institution investiert haben: »(...) die Institution gibt alles, beginnend mit der Macht über die Institution, an jene, die der Institution alles gegeben haben (...)« (Bourdieu 1997/1991, 195).¹ Dieser lange Investitionsprozess nimmt die Form eines langsam erfolgenden politischen Aufstiegs durch die Übernahme von aufeinanderfolgenden, zumeist hierarchisch gestaffelten Positionen in der jeweiligen Institution – hier also: Parteigruppe oder parteiinternen Organisation – an und wird gemeinhin als »politische Karriere« definiert.

In diesem Beitrag wird die Verfügung über kulturelles, soziales und delegiertes politisches Kapital untersucht. Ökonomisches, symbolisches und persönliches politisches Kapital wird in dieser Analyse nicht mit einbezogen, weil diese Kapitalien mit den angewandten Methoden nicht erforscht werden können.

4. Methodologie und Daten

In diesem Artikel werden die österreichischen Bundesregierungsmitglieder, bestehend aus dem/ der BundeskanzlerIn, dem/ der VizekanzlerIn sowie den BundesministerInnen (B-VG, Art. 69), von 1966 bis 2006 untersucht. In diesem Zeitraum fungierten die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als Regierungsparteien.² 120 Personen dienten als Regierungsmitglieder.

Die in diesem Beitrag herangezogenen Daten beruhen auf meiner Dissertation (Schwediauwer 2010): erstens auf einer biographischen Analyse der Lebensläufe der Regierungsmitglieder, einer sogenannten Prosopographie, sowie zweitens auf 15 qualitativen ExpertInneninterviews mit 16 Personen.

Eine Prosopographie zielt auf die Aufdeckung gemeinsamer Charakteristiken einer Personengruppe durch das Studium ihrer Biographien (Stone 1971, 46). Sie ist nicht an

1 Englischer Originalwortlaut: »(...) the institution gives everything, starting with power over the institution, to those who have given everything to the institution (...)«.

2 Nicht berücksichtigt ist das BZÖ, das sich von der FPÖ 2005 abspaltete; die Regierungsbeteiligung wechselte von der FPÖ zum BZÖ. Der Großteil der Regierungsmitglieder des BZÖ war bereits Teil des (FPÖ-) Kabinetts vor der Spaltung gewesen. Nur eine Ministerin – Ursula Haubner – wurde während der BZÖ-Regierungsbeteiligung berufen. Sie wurde allerdings aufgrund ihrer Position als Parteichefin in die Regierung entsandt und unterlag so nicht den typischen Auswahlmechanismen von Regierungsmitgliedern. Das BZÖ wird deshalb als Personal auswählende Partei nicht analysiert.

subjektiv erlebten biographischen Erfahrungen, sondern an faktischen biographischen Informationen eines bestimmten Personenkreises interessiert (Keats-Rohan 2003, 3). In der unternommenen Prosopographie werden Fakten bezüglich der politischen Karrieren der Regierungsmitglieder erhoben und analysiert, um generalisierende Aussagen über diese Gruppe sowie über die Mechanismen von Rekrutierungsprozessen treffen zu können.

Von den 120 Regierungsmitgliedern im Zeitraum von 1966 bis 2006 werden jene PolitikerInnen von der methodischen Auswahl ausgeschlossen, die vor ihrer Regierungspartizipation bereits als Parteivorsitzende tätig waren. Diese Personen wurden aufgrund ihres Parteivorsitzes in die Regierung berufen; die Rekrutierungsprozesse von Parteivorsitzenden folgen jedoch anderen Mechanismen als jene von Regierungsmitgliedern. Dadurch ergibt sich ein zu analysierender Personenkreis von 116 Regierungsmitgliedern, der aus 20 Prozent Frauen (23) und 80 Prozent Männern (93) besteht: Darunter befinden sich 40 ÖVP-Mitglieder (9 w, 31 m), 53 Regierungsmitglieder der SPÖ (10 w, 43 m), 13 FPÖ-PolitikerInnen (3 w, 10 m) sowie zehn parteilose MinisterInnen (1 w, 9 m).

Die verwendeten Quellen sind äußerst vielfältig: Die bedeutendsten Informationslieferanten für die biographischen Daten umfassen das Munzinger-Archiv Online, Hübners Who is Who in Austria, die biographische Datenbank des österreichischen Parlaments (Österreichisches Parlament) sowie – für die Regierungsmitglieder der SPÖ – das Lexikon der Wiener Sozialdemokratie (2005). Weitere Informationsträger umfassen beispielsweise (auto-) biographische Texte, Einträge in biographischen Lexika oder Datenbanken sowie in den Datenbanken Wiso Praxis/Presse und AOM-Web. Die sogenannten »Personenmappen« der Wien-Bibliothek beinhalten Sammlungen von Zeitungsartikeln zu bestimmten PolitikerInnen und stellen eine weitere bedeutende Quelle dar. Des Weiteren wurde die Zugehörigkeit zu oder die Ausübung von Ämtern in Netzwerken gesondert recherchiert, indem Texte zu den jeweiligen Netzwerken hinsichtlich zu verwertender Informationen durchforscht und alle recherchierten Netzwerke per E-Mail um Auskünfte gebeten wurden.³

Die qualitativen Interviews zielen auf die Akquirierung von Wissen über die Rekrutierungsabläufe in den verschiedenen politischen Parteien. Sie wurden zwischen November 2008 und April 2010 mit Personen geführt, die über ExpertInnenwissen zu den jeweiligen Parteien verfügen. Die Interviewpersonen werden anonymisiert zitiert und im Literaturverzeichnis gesammelt namentlich genannt.

5. Definition von Rekrutierungsprozessen

Rekrutierungsprozesse in die österreichische Bundesregierung können vor allem als informell charakterisiert werden; es existieren nur wenige formelle Regeln für diese (Schwediauer 2010, 219). Sie gestalten sich infolgedessen flexibler als jene für den

³ Für genauere Informationen zu dieser empirischen Vorgehensweise siehe Schwediauer (2010), 326–329.

Nationalrat, da ein mächtiger Parteichef bzw. eine mächtige Parteichefin den eigenen Willen durchsetzen kann (Pelinka 1970, 535).

In allen drei politischen Parteien stellt der/ die ParteichefIn die zentrale Achse in den Rekrutierungsprozessen dar (IP 1, IP 3, IP 5, IP 7, IP 8, IP 10, IP 15). In diesen spielen unzählige Faktoren eine Rolle: Der/ die ParteichefIn bringt eigene Wünsche ein, der diesbezügliche Spielraum bei der Personalselektion hängt von der jeweiligen Machtposition ab (IP 1, IP 13, IP 8, IP 15). Es müssen, um die Etablierung einer parteiinternen Machtbalance zu gewährleisten, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Parteien Berücksichtigung finden, indem RepräsentantInnen der zentralen Parteigruppierungen in die Regierung berufen werden (IP 1, IP 3, IP 11, IP 7). Auch »QuereinsteigerInnen«, häufig ohne nennenswerte politische Erfahrung und oft ohne eine Parteimitgliedschaft, stellen – wenn auch in einem geringeren Ausmaß als in den Parteien verwurzelte PolitikerInnen – einen Rekrutierungspool dar. Als Ausgleich zum fehlenden politischen Kapital zeichnen sie sich durch hohes symbolisches Kapital aus, das außerhalb des politischen Feldes akkumuliert wurde, und sie sind zum Großteil als ExpertInnen zu charakterisieren (Schwediauer 2010, 253, 258). Weitere Rekrutierungserfordernisse beinhalten bestimmte Fähigkeiten und Erfahrungen (IP 3, IP 14, IP 15, IP 10) sowie ein gutes soziales Auskommen mit dem/ der ParteichefIn (IP 7, IP 4). Netzwerke spielen über die Aktivierung persönlicher Beziehungen eine bedeutende Rolle in Rekrutierungsprozessen (IP 1, IP 2, IP 11). Bei der Suche nach einem/r geeigneten Kandidaten/ in können aber auch viele biographische Merkmale relevant sein wie etwa die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bundesland, ein gewisses Alter, ein akademischer Titel, ein spezifisches Studium, ein bestimmter Beruf oder die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht usw. (Schwediauer 2010).

6. Die Rekrutierten und ihr Kapital

Wie wir in Kapitel 5 gesehen haben, wird von der Zusammensetzung einer Kabinettsliste die Erfüllung eines veritablen biographischen Merkmalskonvoluts abverlangt. In diesem Artikel werde ich für die Analyse vergeschlechtlichter Unterschiede in Rekrutierungsprozessen drei wesentliche Rekrutierungskriterien zur Untersuchung der Kapitalien heranziehen:

- Spezifische Kompetenzen und Erfahrungen der KandidatInnen: Diese können als kulturelles Kapital begriffen werden.
- Bedeutung von Netzwerken: Zugehörigkeiten zu Netzwerken stellen eine bedeutende Ressource dar und können als soziales Kapital definiert werden.
- Parteiinterne Kräfteverhältnisse: Die Bedeutung von machtpolitischen Überlegungen für die Zusammensetzung einer Regierung übersetzt sich für die KandidatInnen in die Notwendigkeit, den zu repräsentierenden Parteigruppierungen anzugehören. Diese Kapitalform kann als delegiertes politisches Kapital begriffen werden.

6.1 Die Bedeutung des kulturellen Kapitals

Für die Bestimmung des kulturellen Kapitals werden drei Aspekte herangezogen: die Verfügung über (1) spezifisches Wissen für das zugeteilte Ressort (IP 15, IP 3, IP 14), (2) Führungserfahrung (IP11, IP 15, IP 13, IP 14) und (3) politische Erfahrung (IP 10).

Spezifisches Wissen für das jeweilige Ministerium wird nur für das erste übernommene Ministerium recherchiert; die Verantwortlichkeiten werden durch den Namen des Ressorts identifiziert. Bei Ministerien, die mehrere Themengebiete abdecken, wird die Verfügung über spezifisches Wissen nur für den wichtigsten Teilbereich erhoben. Bei einer gleichwertigen Gewichtung von aus verschiedenen Verantwortlichkeiten bestehenden Ressorts wird spezifisches Wissen für ein Themenfeld als ausreichend für die Erfüllung dieses Kriteriums qualifiziert.⁴

Diese Kapitalform kann durch eine spezielle Ausbildung, einen spezifischen Beruf, die Ausübung thematisch gleich ausgerichteter Positionen im politischen Feld und/oder durch politisches Engagement im entsprechenden Themenfeld angeeignet werden. Politische Positionen, durch die spezifisches Wissen erworben werden kann, umfassen insbesondere Tätigkeiten in einer bestimmten Parteigruppe und die damit einhergehende Beschäftigung mit der damit verknüpften Thematik (z. B. GewerkschafterInnen als SozialministerInnen) sowie die spezifische thematische Ausrichtung als ParteisprecherIn, StaatssekretärIn, Mitglied der Landesregierung oder eines Nationalrats-, Bundesrats- oder Parteiausschusses.

Die Aneignungsbedingungen dieser Kapitalform hängen von dem jeweils betroffenen Ressort ab. Während für einige Ministerien politisches Engagement in demselben Themengebiet für die Erfüllung des Kriteriums ausreichend ist (z. B. Familien-, Jugend-, Umwelt- und Gesundheitsagenden), gelten für andere Ressorts strengere Regeln. Das Finanzministerium beispielsweise bedingt ökonomisches Fachwissen, das durch ein spezielles Studium, einen spezifischen Beruf oder durch politische Funktionen, die auf denselben Themenkomplex ausgerichtet sind, akquiriert werden kann. Ebenso waren alle Regierungsmitglieder im Wirtschaftsressort vor ihrer ersten Regierungstätigkeit mit ökonomischen Belangen befasst. Das Justizministerium wurde ausschließlich mit Personen besetzt, die einen rechtswissenschaftlichen Studienabschluss vorzuweisen hatten und zuvor meistens einer Tätigkeit als Anwälte/innen nachgegangen waren. Einige Ressorts sind in der SPÖ und der ÖVP durch spezifische, thematisch gleich gelagerte Parteigruppen geprägt: SozialministerInnen der SPÖ waren vor ihrer Regierungszeit typischerweise in der Gewerkschaft tätig und/oder gingen Tätigkeiten in der Arbeiterkammer oder den Sozialversicherungsträgern nach. In der ÖVP werden Abgesandte aus der Wirtschaftskammer und/oder dem Wirtschaftsbund für das Wirtschaftsressort ausgewählt, das Landwirtschaftsministerium wird mit Personen aus den Landwirtschaftskammern und/oder dem Bauernbund besetzt. In der SPÖ waren einige der rekrutierten VerkehrsministerInnen zuvor bei den Österreichischen Bundesbahnen ÖBB und/oder in der Eisenbahnergewerkschaft tätig. Die Frauenministerinnen

4 Für ausführlichere Informationen zum empirischen Vorgehen siehe Schwediauer (2010), 323–324.

wurden durchgängig von der SPÖ rekrutiert und weisen eine Verankerung in der Frauenorganisation der Partei auf. Einige Berufe stellten favorisierte Rekrutierungspools für die betreffenden Ressorts dar: Offiziere für das Verteidigungsressort, DiplomatinInnen für das Außenministerium, Ärzte/innen für Gesundheitsbelange, LehrerInnen für das Unterrichtsressort sowie WissenschaftlerInnen für die Wissenschafts- oder Universitätsagenden (Schwediauer 2010, 245–247).

Die Mehrheit der Regierungsmitglieder verfügt über spezifisches Wissen für ihre Ressorts. Dies gilt für Frauen in einem etwas geringeren Ausmaß als für Männer – ein Unterschied, der auf die Rekrutierungspraktiken in der FPÖ zurückgeführt werden kann: Nur 58 Prozent der FPÖ-Regierungsmitglieder bringen spezifisches Wissen für das erste übernommene Ministerium mit; dies stellt einen sehr niedrigen Anteil im Vergleich zu den anderen Parteien bzw. den Parteilosen dar (SPÖ: 96 Prozent; ÖVP: 90 Prozent; Parteilose: 100 Prozent). Wird das Kriterium für alle Regierungsmitglieder außer für jene der FPÖ aufgeschlüsselt, ergibt der Vergleich zwischen Frauen (95 Prozent) und Männern (94 Prozent) kaum Unterschiede.⁵

Für die Leitung eines Ministeriums mit einem Personalstand von bis zu mehreren hundert Angestellten werden *Führungsqualitäten bzw. politisch-organisatorische Fähigkeiten* benötigt (IP 15, IP 13, IP 11, IP 14). Diese Form kulturellen Kapitals kann durch die Übernahme von Führungspositionen in der Politik oder im Beruf akquiriert werden. Dieses Kriterium wird im politischen Feld durch Mitglieder von Landesregierungen, leitende ParteisekretärInnen in der Bundespartei und KabinettschefInnen erfüllt, nicht jedoch von StaatssekretärInnen, führenden Funktionen in Jugendorganisationen und (partei-) politischen Positionen auf Bezirks- und Stadtebene. Privatberuflich werden, abgesehen von typischen Leitungspositionen, Anwälte/innen oder Ärzte/innen mit einer eigenen Kanzlei oder Praxis als über Führungserfahrung verfügend klassifiziert.

Die Analyse zeigt, dass fast alle Regierungsmitglieder über personelle Leitungserfahrungen verfügten, bevor sie in die Regierung eintraten. Dies trifft für einen etwas niedrigeren Anteil der Frauen (91 Prozent) als der Männer (99 Prozent) zu. Angesichts der groben Benachteiligung von Frauen im Zugang zu dieser Kapitalform erscheint die Differenz von acht Prozentpunkten sehr gering bzw. der Frauenanteil, der *dennoch* über diese Kapitalform verfügt, sehr hoch. Die Analyseergebnisse scheinen darauf hinzudeuten, dass von der typischen Bedingung der vorzuweisenden Führungserfahrung im Falle von Frauen manchmal eher Abstand genommen wird als bei Männern. Bei den

5 Für die Funktion des/ der Bundes- und VizekanzlerIn wird kein spezifisches Wissen benötigt. Infolgedessen werden jene Personen, die in ihrer ersten Regierungsamtszeit als Bundes- oder VizekanzlerIn keine zusätzlichen oder – in der Gewichtung zu der Position als Bundes- / VizekanzlerIn – nur geringe zusätzliche Ressortverantwortlichkeiten übernahmen, von den analysierten Grundgesamtheiten ausgenommen. Das betrifft Hermann Withalm (ÖVP; Vizekanzler ohne zusätzliche Verantwortlichkeiten) und Susanne Riess-Passer (FPÖ; Vizekanzlerin; zuständig für öffentliche Leistung und Sport). Rudolf Häuser (SPÖ) hingegen übernahm neben dem Vizekanzleramt das Ministerium für Soziales, das in der Gewichtung mehr als eine bloße »Beigabe« zum Vizekanzleramt darstellt. Deswegen wurde in letzterem Fall das Kriterium des spezifischen Wissens für das Sozialressort abgefragt.

Ministerinnen ohne Führungserfahrung handelt es sich um Hilde Hawlicek (SPÖ) und Sonja Moser (ÖVP). Obwohl Hawlicek keine Führungserfahrung mitbrachte, sind einige ihrer anderen biographischen Merkmale für eine Rekrutierung vorteilhaft: Durch ihre langjährige Involvierung im politischen Feld kann davon ausgegangen werden, dass sie wertvolle politische Erfahrungen gesammelt hatte. Sie verfügte über viel soziales Kapital (insbesondere im Vergleich zu anderen Frauen), spezifisches Wissen für ihr Ressort (Hawlicek war Lehrerin und wurde für das Ressort Unterricht, Kunst und Sport berufen), konnte als Repräsentantin der Wiener Landespartei gelten und hatte ein Doktorat vorzuweisen. Durch die sich informell etablierende Frauenquote in der Bundesregierung könnte auch ihre weibliche Geschlechtszugehörigkeit von Vorteil gewesen sein. Im Falle Sonja Mosers (ÖVP) stellt die Partizipation im Gemeinderat in Reutte (Tirol) die einzige Vorleistung vor ihrem Wechsel in die Regierung dar; sie ist eine Quereinsteigerin. Moser war für ihr Ressort Jugend und Familie inhaltlich qualifiziert, kann aber nicht als Expertin gewertet werden. Für ihre Rekrutierung könnte ihr soziales Kapital (katholische Studentinnenverbindung Koinonia Wien, Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund/ÖAAB), ihr Doktorat, die Repräsentation der Tiroler Landespartei sowie ihre weibliche Geschlechtszugehörigkeit gesprochen haben. Eine Interviewperson berichtet über ihre Rekrutierung, dass der damalige ÖVP-Parteibobmann Erhard Busek 1994 die Tiroler Landespartei telefonisch um einen Vorschlag für ein Regierungsmitglied gebeten habe, mit der Forderung, dass es sich um eine Frau handeln müsse (IP 12).

Interessanterweise gehört der einzige Mann ohne personelle Leitungserfahrungen der FPÖ an (Friedhelm Frischenschlager), während alle männlichen Regierungsmitglieder der SPÖ und der ÖVP über diese Kapitalform verfügen. Das könnte darauf hindeuten, dass Führungserfahrungen in der SPÖ und ÖVP eine Kapitalform mit leichten geschlechterdifferenzierenden Wirkungen darstellen, bei der im Falle von Frauen manchmal eher Abstriche gemacht werden als bei Männern.

Politische Erfahrung gewährleistet Hintergrundwissen über politische Strukturen und über die Funktionsweise des politischen Feldes (IP 10) und erweist sich für die (partei-) politische Arbeit als Regierungsmitglied als wertvoll. Sie wurde empirisch als die Übernahme von mehr als einer Karriereposition⁶ im politischen Feld oder einem Mandat im Nationalrat definiert. Das Ausmaß, in dem Frauen (78 Prozent) und Männer (80 Prozent) über dieses Kapital verfügen, unterscheidet sich kaum.

6.2 Die Bedeutung des sozialen Kapitals

Soziales Kapital wird hier durch die Zugehörigkeit zu informellen und formellen Zusammenschlüssen analysiert. Bei Rekrutierungsprozessen wird soziales Kapital in Form von persönlichen Bekanntschaften und/ oder Freundschaften sowie Empfehlungen freigesetzt: Parteivorsitzende greifen bei der Personalauswahl häufig auf Personen zurück, die ihnen aus ihren eigenen Netzwerken bekannt sind (IP 9, IP 13), und

6 Zur Definition von »Karrierepositionen« siehe Kap. 6.3, S. 60–61.

erhalten personelle Empfehlungen aus ihren politischen Freundeskreisen und/ oder dem privaten Umfeld (IP 2, IP 1, IP 11).

Soziales Kapital wird in mehreren Kriterien operationalisiert: die Zugehörigkeit zu Netzwerken, die durchschnittliche Anzahl der Netzwerkzugehörigkeiten, die Ausfüllung von Positionen in Netzwerken und die Verfügung über Netzwerke als Hausmächte. Unter »Positionen in Netzwerken« werden alle formellen Positionen in Netzwerken subsumiert, die vor der Übernahme des ersten Regierungsamtes – ausgenommen die Zeitspanne zwischen 1933 und 1945 – ausgefüllt wurden. Der Begriff der »Hausmächte« soll den Zugriff auf die tiefere Verankerung der Personen in den jeweiligen Organisationen ermöglichen. Als »Hausmächte« gelten jene Netzwerke, in denen mehr als drei Funktionen oder mindestens eine Leitungsposition ausgefüllt wurde(n). Eine Leitungsposition wird als (stellvertretende) Führungsfunktion von der Stadtebene aufwärts definiert.

Die schwierige Grenzziehung zwischen sozialem und delegiertem politischem Kapital macht sich in der Analyse bemerkbar: Die Zugehörigkeit zu einem Netzwerk kann auch das Engagement in der Gewerkschaft oder in der Frauenorganisation einer Partei umschließen. Werden allerdings Positionen in Organisationen, die zum Korpus der politischen Karrierewege gehören,⁷ ausgefüllt oder fungieren diese Organisationen als Hausmächte, wird dies als Teil der politischen Karriere und so als delegiertes politisches Kapital gewertet.⁸

Für jede Partei werden jeweils die Teilorganisationen der Parteien, die Gewerkschaftsfraktionen und die Gewerkschaftsjugendorganisationen⁹ sowie die berufsspezifischen Interessengruppen, die der jeweiligen Partei zugerechnet werden können, erhoben. Des Weiteren gehören der parteilose Österreichische Bundesjugendring (ÖBJR) sowie der Besuch von sogenannten »Eliteschulen« in der Oberstufe oder von Eliteakademien¹⁰ zum untersuchten Netzwerkkorpus für alle Regierungsmitglieder.

7 Die politischen Karrierewege und die dadurch erfassten Organisationen werden in Kap. 6.3, S. 60–61 definiert.

8 Jene Netzwerke, in denen hauptberufliche Positionen für mindestens fünf Jahre ausgefüllt wurden und die als Hausmächte für die Berechnung des delegierten politischen Kapitals berücksichtigt werden bzw. als – wenn auch singuläre – Karrierewege gelten (das betrifft die Mietervereinigung und die Kinderfreunde), stellen einen Sonderfall dar: Die *Zugehörigkeit* zu diesen Organisationen sowie die in ihnen ausgefüllten *Positionen* werden unter soziales Kapital subsumiert, während sie als *Hausmächte* innerhalb des delegierten politischen Kapitals berücksichtigt werden.

9 Dadurch dass die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft als soziales Kapital gewertet wird, die Ausfüllung von Positionen in dieser sowie die Gewerkschaft als Hausmacht aber unter politisches Kapital subsumiert werden, werden hier die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und/ oder Gewerkschaftsjugend, ausgefüllte Positionen in den Gewerkschaftsjugendorganisationen und die Klassifizierung der Gewerkschaftsjugendorganisationen als Hausmächte erhoben.

10 Die recherchierten Eliteschulen und -akademien umfassen das Schottengymnasium, das Kollegium Kalksburg, das Akademische Gymnasium (mit seinen verschiedenen Standorten), das Theresianum, das Lycée Français, das Stiftsgymnasium Kremsmünster, das Stiftsgymnasium Seitenstetten, das Piaristengymnasium, das Hietzinger Gymnasium, das Jesuitenkolleg Maria Schein, das Jesuitenkolleg Stella Matutina sowie die Theresianische Militärakademie und die Diplomatische Akademie.

Für die SPÖ werden zusätzlich die Jugendorganisationen (SJ, VSM, AKS, JG¹¹), der Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs (VSSTÖ) bzw. die Übernahme politischer Funktionen an der Universität, der Bund sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektueller & Künstler/innen (BSA), die Freimaurer sowie der Club 45 recherchiert.¹² Die ergänzend analysierten ÖVP-Netzwerke setzen sich aus Schülerunion, katholischen Student(inn)enverbindungen, ÖVP-nahen StudentInnen-gruppierungen und/oder ausgefüllten Positionen an der Universität, den Organisationen der Katholischen Aktion, den Bündeln (Österreichischer Wirtschaftsbund/ÖWB, Österreichischer Bauernbund/ÖBB, Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund/ÖAAB), dem Akademikerbund und dem Reichsbund zusammen. Für die FPÖ werden zusätzlich die Netzwerke Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) und/oder ausgefüllte Positionen im universitätspolitischen Feld, die nationalen Studentenverbindungen, die verschiedenen Zusammenschlüsse für ArbeitnehmerInnen, Wirtschaftstreibende, Landwirte, Familie, Frauen sowie PensionistInnen, der Atterseekreis, der Straßburger Kreis und der Kreis um Jörg Haider, die sogenannte »Buberlpartie«, untersucht.

Die dargestellten Werte zeigen, dass etwas weniger Frauen (91 Prozent) als Männer (98 Prozent) in Netzwerken organisiert sind und durchschnittlich über eine niedrigere Anzahl von Netzwerken verfügen. Während die Zugehörigkeit zu einem Netzwerk auch eine relativ lose Beziehung darstellen kann, bedeuten ausgefüllte Positionen in Netzwerken sowie das Kriterium Netzwerke als Hausmächte tendenziell stärkere soziale Bande und somit auch wertvolleres soziales Kapital. Die Schere zwischen den von Frauen und Männern erreichten Werten geht umso weiter auf, je enger sich die abgefragten Bezie-

Tabelle 1: Die Verfügung über soziales Kapital

	Frauen		Männer		Gesamt	
Regierungsmitglieder in Netzwerken	21	91%	91	98%	112	97%
Durchschnittliche Anzahl der Netzwerk-zugehörigkeiten	53	2,3	285	3,1	338	2,9
Regierungsmitglieder mit Positionen in Netzwerken	6	26%	40	43%	46	40%
Regierungsmitglieder mit Netzwerken als »Hausmächten«	3	13%	33	35%	36	31%
N	23		93		116	

Quelle: Schwediauer (2010), 243

11 Sozialistische Jugend (Österreichs), Verband Sozialistischer Mittelschüler, Aktion kritischer SchülerInnen, Junge Generation.

12 Siehe Fußnote 8: Die Zugehörigkeit zu sowie ausgefüllte Positionen in der Mietervereinigung und den Kinderfreunden werden als soziales Kapital gewertet, als Hausmächte werden sie hier nicht berücksichtigt.

hungen zu den Organisationen darstellen: Über Netzwerke als »Hausmächte« beispielsweise verfügen nur 13 Prozent der Frauen im Vergleich zu 35 Prozent der Männer. In der SPÖ sind die Regierungsmitglieder des untersuchten Zeitraums vor allem in den Jugendorganisationen VSM, SJ und JG, im VSSTÖ, im BSA, im Club 45, bei den Freimaurern sowie in der Frauenorganisation involviert oder haben eine Eliteschule bzw. -akademie besucht. Den Eliteanstalten, dem Club 45 sowie den Freimaurern sind ausschließlich männliche Politiker zuzurechnen, mehrheitlich männliche Regierungsmitglieder gehörten der SJ und dem VSSTÖ an und übten dort Funktionen aus (Schwediauer 2010, 119–127).

In der ÖVP zählen die Bünde (ÖWB, ÖBB, ÖAAB), der Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV) und der Österreichische Cartellverband (ÖCV) von den katholischen StudentInnenverbindungen, die Katholische Hochschuljugend bzw. -gemeinde (KHJ/KHG) sowie die Katholische Jugend Österreich (KJÖ) von der Katholischen Aktion, die Eliteanstalten, der Akademikerbund, die ÖVP-nahen Studierendenorganisationen, die Frauenorganisation (ÖFB) sowie die Junge ÖVP (JVP) zu den Netzwerken, denen am meisten Regierungsmitglieder angehören. In der ÖVP haben nur männliche Ressortchefs Positionen in den untersuchten Netzwerken ausgefüllt (!). Des Weiteren finden sich im ÖBB, im MKV, im ÖCV, in der KHJ/KHG, in den Eliteanstalten und in den StudentInnenorganisationen keine späteren Ministerinnen als Mitglieder (Schwediauer 2010, 157–172).

Bei den Netzwerken, in denen die Regierungsmitglieder der FPÖ mehrheitlich involviert sind, handelt es sich um den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), den RFJ, den RFS, die nationalen Studentenverbindungen, den Attersee-Kreis unter dem Parteivorsitzenden Steger sowie die sogenannte »Buberlpartie« um den späteren Parteivorsitzenden Haider. Im RFJ, in den Studentenverbindungen sowie im Attersee-Kreis waren nur männliche Minister vertreten (Schwediauer 2010, 197–203).

Zusammenfassend verfügt die Gruppe der weiblichen Regierungsmitglieder über bedeutend weniger soziales Kapital als ihre männlichen Kollegen. Das lässt den Schluss zu, dass die Rekrutierungsmechanismen über Netzwerkbeziehungen geschlechtsspezifisch sind und mehrheitlich für Männer greifen; Frauen sind davon größtenteils ausgeschlossen. Die Aussagen zweier Interviewpersonen unterstreichen dieses Ergebnis: Eine Interviewperson erklärt, dass eine der größten Hürden für die politische Repräsentation von Frauen in ihrer Benachteiligung im Zugang zu Netzwerken bestehe (IP 2). Eine andere Interviewte führt aus, dass die Selektion von Frauen und Männern insofern geschlechtsspezifischen Regeln folge, als Männer – im Gegensatz zu Frauen – durch Seilschaften und persönliche Empfehlungen rekrutiert würden (IP 4). Es ist gerade jenes Element, bei dem es sich am wenigsten um erbrachte Leistungen handelt, das Ausschlüsse für Frauen erzeugt. Dieses Ergebnis bestätigt die These vom Staat als »Männerbund« (Kreisky 1995, 1997).

6.3 Die Bedeutung des delegierten politischen Kapitals

Das Ausmaß der Investition in (partei-) politische Organisationen bzw. das Ausmaß der politischen Karrieren kann durch die Analyse des verfügbaren delegierten politischen Kapitals zwischen Frauen und Männern verglichen werden.

Zwei Instrumente werden für die Bestimmung von delegiertem politischem Kapital herangezogen:

- Die Karrierepositionen vor dem Antritt des ersten Regierungsamtes – mit Ausnahme der Zeitperiode zwischen 1933 und 1945 – werden quantitativ erhoben. Dabei werden alle ausgefüllten formellen Positionen in staatlichen Institutionen sowie in den Parteien in Österreich und der Europäischen Union, in den Teilorganisationen der Parteien, den Parteiakademien, den Bünden, den parteinahen Gewerkschaftsfraktionen, den Gewerkschaften sowie Betriebsräten, den Arbeiter-, Landwirtschafts- und Wirtschaftskammern, der Industriellenvereinigung, den Sozialversicherungsträgern sowie – als Grenzfall – den Kammern der freien Berufe¹³ gezählt. In Betriebsräten werden nur Vorsitzfunktionen berücksichtigt. Von der Zählung ausgeschlossen werden Positionen in Vorständen, Ausschüssen und staatlichen Kommissionen oder Räten sowie die Übernahme von Sprecherfunktionen (z. B. im Nationalrat).
- Die Analyse der oft unzähligen Karrierepositionen kann keine Identifikation jener Organisationen leisten, in die PolitikerInnen *maßgeblich* investiert haben, in denen sie deshalb über eine machtpolitische Basis verfügen und die im Folgenden als »Hausmächte« bezeichnet werden. Beispielsweise bedeutet ein Mandat im Nationalrat nicht zwingend eine Verankerung auf der nationalen Ebene; die Gewerkschaft kann etwa über eine bestimmte Anzahl von Sitzen verfügen, die mit *GewerkschafterInnen* besetzt werden.

Die Identifikation der Hausmächte umfasst mehrere Schritte: Die Kategorien jener Organisationen, in denen Karrierepositionen ausgefüllt werden können (siehe oben), werden der Struktur der Parteiplayer folgend vorsichtig geclustert. Die Hausmächte umfassen: nationale (Partei-) politik, regionale (Partei-) politik (beinhaltet alle staatlichen und parteipolitischen Funktionen innerhalb des jeweiligen Bundeslandes), die einzelnen Teilorganisationen der Parteien, die einzelnen Bünde, Vollzeitjobs in parteinahen Netzwerken oder Parteiorganisationen für mindestens fünf Jahre,¹⁴ die Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern, die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsfraktionen der Parteien, die Industriellenvereinigung, die Sozialversicherungsträger sowie die Kammern der freien Berufe.

13 Die Kammern der freien Berufe stellen einen Grenzfall dar: Sie sind zwar de facto nicht Teil des sozialpartnerschaftlichen Gespanns, verfügen aber über den gleichen rechtlichen Status wie die anderen sozialpartnerschaftlichen Player sowie über eine Monopolstellung (Tálos 2006, 16). Deshalb werden sie in dieser Klassifikation als Teil der politischen Karrierewege – wenn auch als Grenzfall und mit minderer Bedeutung – miterfasst.

14 Zur Grenzziehung zwischen delegiertem politischem und sozialem Kapital diese Netzwerke betreffend, siehe Fußnote 8, S. 57.

Als Hausmächte werden jene Organisationen definiert, in denen mindestens drei Karrierepositionen, eine führende Funktion oder eine hauptberufliche Position für mindestens fünf Jahre ausgefüllt wurden. Mandate im Nationalrat, im Bundesrat und im Europäischen Parlament werden nur berücksichtigt, wenn auch andere Positionen auf derselben Ebene von der jeweiligen Person ausgefüllt wurden, da auch andere Parteigruppen Nominationskraft für Abgeordnete besitzen. Führende Funktionen inkludieren beispielsweise (stellvertretende) Leitungsfunktionen, Positionen in den Landesregierungen, den Landtagen, im Klubsekretariat, in der Bundespartei-geschäftsführung sowie die persönliche Assistenz des/der Bundespartei-chefs/in. Führende Parteipositionen werden ab Bezirksebene berücksichtigt. Betriebsratsvorsitzende und Staatssekretäre fließen in die Klassifizierung nicht mit ein.

In einem weiteren Schritt wird eine vorsichtige Gewichtung der erreichten Aufschlüsselung von Parteigruppen für die jeweiligen PolitikerInnen nach den Kriterien Dauer, Quantität sowie hierarchischer Level der ausgefüllten Karrierepositionen durchgeführt, um die zentrale Hausmacht von in politischen Karrierewegen typischerweise verknüpften Organisationen (so etwa Arbeiterkammer und Gewerkschaft) herauszukristallisieren.

Letztlich füllte ein kleiner Anteil von Personen wenige Karrierepositionen aus, die den dargestellten Anforderungen für die Klassifikation nicht genügen. Dieser Personenkreis verfügt zwar über eine weitaus schwächere Position als die bisher diskutierten Fälle, der jeweilige Parteiplayer kann aber dennoch als delegierende Kraft für die PolitikerInnen in den Rekrutierungsprozessen wirken. Deshalb werden bei diesen Personen in einem letzten Klassifikationsdurchgang alle Karrierepositionen einbezogen.

Der Vergleich zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Personenanteile mit Karrierepositionen und mit Hausmächten sowie hinsichtlich der jeweiligen durchschnittlichen Anzahl der Karrierepositionen und der Hausmächte ergibt geringfügig höhere Werte für Frauen als für Männer. Der quantitative Vergleich deutet darauf hin, dass von Frauen eine marginal größere Fülle an delegiertem politischem Kapital bzw. ein etwas höherer Erfüllungsgrad einer politischen Karriere als von Männern gefordert ist.

Tabelle 2: Die Verfügung über delegiertes politisches Kapital

	Frauen		Männer		Gesamt	
Regierungsmitglieder mit »Karrierepositionen«	21	91%	82	88%	103	89%
Durchschnittliche Anzahl der »Karrierepositionen«	119	5,2	467	5,0	586	5,1
Regierungsmitglieder mit »Hausmächten«	21	91%	81	87%	102	88%
Durchschnittliche Anzahl der »Hausmächte«	33	1,4	120	1,3	153	1,3
N	23		93		116	

Quelle: Schwediauer (2010), 232

7. Die politischen Karrierewege

Die Analyse der politischen Karrierewege erfolgt durch die Aufschlüsselung der Klassifikationskategorie der »Hausmächte«, da die vornehmlichen machtpolitischen Verwurzelungen der Regierungsmitglieder den maßgeblichen politischen Karriereschienen entsprechen. Dabei werden in Karrieren typischerweise zusammenhängende »Hausmächte« zusammengefasst und durch dieses neue Clustering typisierte Karrierewege entwickelt (z. B. Gewerkschaften & Arbeiterkammer). Politische Karrieren lassen sich prinzipiell in einen (partei-) politischen und einen korporatistischen Karrieretyp unterteilen. PolitikerInnen können über mehrere Hausmächte oder Karrierewege (auch in beiden Karrieretypen) verfügen.

Ein überaus überraschendes Ergebnis stellt die Tatsache dar, dass weibliche Regierungsmitglieder disproportional geringer auf nationaler (partei-) politischer Ebene (13 Prozent) als ihre männlichen Kollegen (33 Prozent) verwurzelt sind. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Frauen mit einer lokal- oder regionalpolitischen Verankerung (61 Prozent) beinahe doppelt so groß wie der Anteil der Männer (34 Prozent). In allen drei Parteien haben prozentuell mehr Frauen als Männer einen Karriereweg in den Bundesländern absolviert. Die Verankerung auf nationaler Ebene ist in der ÖVP und der FPÖ für anteilmäßig weniger Frauen als Männer gegeben, in der SPÖ wird der bundespolitische Karriereweg allerdings von keiner einzigen Ministerin repräsentiert! Eine weitere spezifisch weibliche Karriereschiene – allerdings nur im Falle der SPÖ und der ÖVP, nicht der FPÖ – stellen die Frauenorganisationen dar (Frauenanteil 35 Prozent) (Schwediauer 2010, 101, 140, 189).

Tabelle 3: Der Karrieretunnel durch die (Partei-) politik

	Frauen		Männer		Gesamt	
Lokale und regionale (Partei-) politik	14	61%	32	34%	46	40%
Nationale (Partei-) politik	3	13%	31	33%	34	29%
Frauenorganisationen	8	35%	0	0%	8	7%
Andere Parteiorganisationen ¹	1	4%	1	1%	2	2%
N	23		93		116	

¹ Die Klassifikation »anderer Parteiorganisationen« als Hausmächte bedingt die Ausübung eines Vollzeitberufes in diesen Organisationen für mindestens fünf Jahre. Diese Organisationen werden bei der Zählung von Hausmächten innerhalb der Netzwerke zur Bestimmung des sozialen Kapitals nicht berücksichtigt (siehe Fußnote 8, S. 57).

Quelle: Schwediauer (2010), 234

Innerhalb des sozialpartnerschaftlichen Karrieretyps wurden Ministerinnen bisher lediglich von dem typisierten Karriereweg Gewerkschaften & Arbeiterkammer (& Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen/ FSG, Fraktion Christlicher Gewerkschafter/ FCG, ÖAAB) hervorgebracht, die übrigen sozialpartnerschaftlichen Karrierewege sind nur durch männliche Minister repräsentiert. Bei den angesprochenen

Ministerinnen handelt es sich um Hertha Firnberg (AK¹⁵), Elfriede Karl (AK), Helga Konrad (AK) und Lore Hostasch (Gewerkschaft) von der SPÖ sowie Grete Rehor (Gewerkschaft & ÖAAB) und Ruth Feldgrill-Zankel (ÖAAB) von der ÖVP. Der Umstand, dass vier von den sechs Frauen, die über den sozialpartnerschaftlichen Karrieretyp in die Regierung gekommen sind, der SPÖ angehören, weist darauf hin, dass sich die der SPÖ nahe stehenden sozialpartnerschaftlichen Karrierewege bereits stärker gegenüber Frauen geöffnet haben als die der ÖVP zuzurechnenden sozialpartnerschaftlichen Rekrutierungskanäle.

Insgesamt haben proportional mehr Frauen (87 Prozent) als Männer (63 Prozent) einen Karriereweg innerhalb des (partei-) politischen Karrieretyps absolviert bzw. verfügen über eine Hausmacht innerhalb dieses Typs. Dieses Bild ist für die SPÖ und die ÖVP zutreffend, während in der FPÖ gleichwertige Anteile von Frauen und Männern im (partei-) politischen Karrieretyp verankert sind. Demgegenüber ist der Anteil der männlichen Regierungsmitglieder (51 Prozent), die über den sozialpartnerschaftlichen Karrieretyp aufgestiegen sind, fast doppelt so hoch wie der Anteil der Ministerinnen (26 Prozent). Diese Differenz ist maßgeblich auf die Rekrutierungspraktiken in der ÖVP und – in einem weitaus kleineren Ausmaß aufgrund der insgesamt geringeren Relevanz dieses Karrieretyps in der FPÖ – der FPÖ zurückzuführen.

Tabelle 4: Der Karrieretunnel durch die Sozialpartnerschaft

	Frauen		Männer		Gesamt	
Gewerkschaften & Arbeiterkammer (& FSG, FCG, ÖAAB) ¹	6	26%	23	25%	29	25%
Landwirtschaftskammer (& ÖBB, FBO) ¹	0	0%	11	12%	11	9%
Wirtschaftskammer (& ÖWB) ¹	0	0%	9	10%	9	8%
Sozialversicherungsträger ²	0	0%	3	3%	3	3%
Industriellenvereinigung	0	0%	2	2%	2	2%
Kammern der freien Berufe ³	0	0%	1	1%	1	1%
N	23		93		116	

¹ In Klammer sind die den jeweiligen typisierten Karrierewegen zugehörigen Organisationsformen der Parteien angegeben, die tatsächlich als Hausmächte der untersuchten Regierungsmitglieder wirkten. Verwendete Abkürzungen: FSG = Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen; FCG = Fraktion Christlicher Gewerkschafter; ÖAAB = Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund; ÖBB = Österreichischer Bauernbund; FBO = Freiheitliche Bauernschaft Österreichs; ÖWB = Österreichischer Wirtschaftsbund.

² Obwohl die Sozialversicherungsträger nicht Teil der Sozialpartnerschaft sind, werden sie dem sozialpartnerschaftlichen Karriereweg zugerechnet, da ihre RepräsentantInnen von den sozialpartnerschaftlichen Institutionen nominiert werden (Talos 1997, 571).

³ Siehe Fußnote 13, S. 60.

Quelle: Eigene Analyse

15 In Klammer sind die jeweiligen Hausmächte bzw. die Karrierewege innerhalb des Karrieretunnels Gewerkschaften & Arbeiterkammer angegeben.

Die SPÖ hat etwa gleichwertige Anteile von weiblichen und männlichen Regierungsmitgliedern aus dem sozialpartnerschaftlichen Rekrutierungstyp bezogen. Des Weiteren verfügen beinahe alle Frauen des sozialpartnerschaftlichen Karrieretyps über eine zusätzliche Machtbasis bzw. einen weiteren Karriereweg innerhalb des (partei-) politischen Typs (22 Prozent, für alle Regierungsmitglieder berechnet), während dies nur auf die Hälfte der dort vertretenen Männer zutrifft (27 Prozent, für alle Regierungsmitglieder berechnet) (Schwediauer 2010, 237–238). Das legt den Schluss nahe, dass es Frauen mehrheitlich nur dann möglich ist, im sozialpartnerschaftlichen Karrieretyp zu reüssieren, wenn sie über eine zusätzliche Verankerung im (partei-) politischen Karrieretyp verfügen.

Resümierend stellt der Umstand, dass ein – im Vergleich zu den männlichen Regierungsmitgliedern – weitaus größerer Anteil von Frauen von den lokalen und regionalen Parteiebenen hervorgebracht wurde, während das Gegenteil für die nationale (partei-) politische Ebene zutrifft, ein besonders verwunderliches Ergebnis dar: Erstens, weil der Frauenanteil insgesamt für die nationalen parteipolitischen und staatlichen Funktionen höher ausfällt als für jene auf den lokal- und regionalpolitischen Ebenen (Steininger 2006, 259) und somit der Pool an möglichen Kandidatinnen auf nationaler Ebene größer als jener auf den regional- und lokalpolitischen Levels ist. Zweitens stellen nationale Erfahrungen in der Politik einen Vorteil für die Ausübung eines Regierungsamtes dar, da nationale Politik einer etwas anderen und härteren Logik als lokale oder regionale Politik folgt (IP 4, IP 13). Dieser Aspekt scheint bei der Rekrutierung von Frauen aber in den Hintergrund zu treten.

Für die Erörterung der Frage, warum ein proportional so hoher Anteil von Ministerinnen auf den regionalen und lokalen Ebenen verankert ist, muss etwas weiter ausgeholt werden: Die Rekrutierungsmechanismen in der Zusammensetzung einer Regierung sind vielfältig und komplex: Die Wünsche des/der Parteivorsitzenden, Repräsentationserfordernisse der wichtigen Parteigruppen, soziales Kapital sowie verschiedene Formen kulturellen Kapitals stellen – in jeweils unterschiedlichen Gewichtungen bei individuellen Personalentscheidungen – die wichtigsten Kriterien bei Rekrutierungsprozessen dar. Grundsätzlich lassen sich keine Differenzen zwischen Frauen und Männern in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Karrieremuster (lange politische Karriere, kurze politische Karriere und Quereinstieg) feststellen (Schwediauer 2010, 253). Die Diskussion der Karriereschienen hat gezeigt, dass der Frauenanteil in den Karrierewegen innerhalb des korporatistischen Karrieretyps – durch die Rekrutierungspraktiken der ÖVP vor allem, aber auch der FPÖ – disproportional niedrig ist. Im Vergleich zu den männlichen Kollegen haben wenige weibliche Regierungsmitglieder den nationalen politischen Karriereweg absolviert. Bei der Bedeutung des sozialen Kapitals handelt es sich um eine Rekrutierungslogik, die ebenfalls stärker Männern offen steht. Die Frauenorganisationen können in der SPÖ und der ÖVP als Lieferantinnen von weiblichen Spitzenpolitikerinnen verstanden werden, allerdings ist ihre Bedeutung als Rekrutierungsschiene vergleichsweise gering. Die bisher diskutierten Rekrutierungsmechanismen bevorzugen typischerweise Männer. Mittlerweile muss aber aus gesellschaftlicher Notwendigkeit eine gewisse Anzahl von Frauen in der

Regierung repräsentiert sein (Schwediauer 2010, 225). Der Mangel an Frauen, der durch diese Selektionslogiken entsteht, wird durch die Delegation des weiblichen Repräsentationserfordernisses an die Landesebenen ausgeglichen. Das Rekrutierungsbeispiel von Sonja Moser (ÖVP) scheint paradigmatisch zu sein: Wie bereits erwähnt, rief der damalige Bundesparteiobmann der ÖVP, Erhard Busek, die Tiroler Landespartei an und bat um einen Vorschlag für ein Regierungsamt, es müsse aber eine Frau sein (IP 12).

Die Analyse der Karriereschienen und Netzwerke hat gezeigt, dass viele der Organisationen im politischen Feld benachteiligende Strukturen gegenüber Frauen aufweisen. Angesichts dieser »*organisationellen Männlichkeit*« (Sauer 2003, 7) verwundert es, dass von Frauen eine etwas größere Fülle von machtpolitischen Verankerungen bzw. ein etwas höherer Erfüllungsgrad von politischen Karrieren als von Männern gefordert ist. Dies weist auf die größere Bedeutung von delegiertem politischem Kapital für Frauen hin. Bedingt durch die strukturelle Benachteiligung von Frauen im politischen Feld sowie die Tatsache, dass typische weibliche Rekrutierungsbecken beispielsweise die lokalen und regionalen Ebenen darstellen, wo ein vergleichsweise kleiner Pool an Politikerinnen existiert, wäre es denkbar, dass bei Frauen – zumindest in der SPÖ und der ÖVP – Abstriche bei Führungserfahrungen (als kulturellem Kapital) im Sinne einer geringeren Verfügbarkeit in Kauf genommen werden.

8. Resümee

In der Verfügbarkeit von kulturellem Kapital bestehen hinsichtlich des spezifischen Wissens sowie der politischen Erfahrung keine nennenswerten Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Allerdings verfügen weibliche Regierungsmitglieder in einem etwas geringeren Ausmaß als ihre männlichen Kollegen über personelle Leitungserfahrungen. Die Analyse des sozialen Kapitals förderte deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern zu Tage: Diese Kapitalform wird vor allem von Männern eingebracht; bei dem Rekrutierungsmechanismus über Netzwerkbeziehungen handelt es sich also um einen typischerweise *männlichen*. Die Untersuchung des delegierten politischen Kapitals legt letztlich nahe, dass von der Gruppe der weiblichen Regierungsmitglieder ein geringfügig höheres Ausmaß an delegiertem politischem Kapital als von männlichen Ministern gefordert wird.

Die Darstellung der Karrierewege spiegelt die (vergeschlechtlichten) Machtverhältnisse in der Politik wider. Während sich der (partei-) politische Karrieretyp generell positiv auf die Repräsentation von Frauen in der Regierung auswirkt, sind Frauen in ihrem Fortkommen innerhalb des korporatistischen Karrieretyps stark benachteiligt: Innerhalb des (partei-) politischen Karrieretyps repräsentieren Frauen – im Vergleich zu Männern – die nationale (partei-) politische Ebene mit einem disproportional geringeren Anteil. Das Gegenteil trifft für die Bundesländer zu. Die Frauenorganisationen stellen eine spezifisch weibliche Karriereschiene in der SPÖ und der ÖVP dar. Innerhalb des sozialpartnerschaftlichen Karrieretyps ist der Karriereweg Gewerkschaften & Arbeiterkammer (sowie die Organisationsformen der Parteien in diesen) der einzige, der Frauen hervorbrachte. Die übrigen Karrierewege – die Landwirtschafts-

und Wirtschaftskammer, die Sozialversicherungsträger, die Industriellenvereinigung sowie die Kammern der freien Berufe und die in diesen Institutionen operierenden Organisationen der Parteien – werden in der Regierung ausschließlich von Männern repräsentiert.

Literatur

- AOMWeb, hg. von der APA (Austria Presse Agentur), verfügbar unter: www.aomweb.apa.at, Zugriff: Jänner 2010.
- B-VG (Bundesverfassungsgesetz), *Rechtssystem des Bundeskanzleramtes Österreich*, verfügbar unter: www.ris.bka.gv.at, 31. 7. 2009.
- Baumgartner, Valerie (1983) *Partieeliten zwischen Repräsentation und Technokratie*. In: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.) *Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945*. Wien, 173–200.
- Bourdieu, Pierre (1992) *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, hg. von Margareta Steinrücke. Hamburg (Schriften zu Politik & Kultur Nr. 1).
- Bourdieu, Pierre (1995/ Orig. 1985) *Sozialer Raum und »Klassen«*. *Leçon sur la leçon, Zwei Vorlesungen*. Frankfurt a. M., 3. Auflage.
- Bourdieu, Pierre (1997/ Orig. 1991) *Language and Symbolic Power*, ed. by John B. Thompson. Cambridge et al.
- Bourdieu, Pierre (2001) *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz (Edition discours Nr. 29).
- Bourdieu, Pierre (2005/ Orig. 1995) *The Political Field, the Social Science Field, and the Journalistic Field*. In: Benson, Rodney/Neveu, Erik (eds.) *Bourdieu and the Journalistic Field*. Cambridge, 29–49.
- Carroll, Susan J. (1994/ Orig. 1985) *Women as Candidates in American Politics*. Bloomington.
- Chapman, Jenny (1993) *Politics, Feminism and the Reformation of Gender*. London/ New York.
- Dachs, Herbert u. a. (Hg.) (1995) *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*. Wien.
- Epstein, Cynthia Fuchs (1981) *Women and Elites: A Cross-National Perspective*. In: Epstein, Cynthia Fuchs/ Coser, Rose Laub (eds.) *Access to Power: Cross-National Studies of Women and Elites*. London et al., 3–15.
- Fischer, Heinz (1982/ 1974) *Die parlamentarischen Fraktionen*. In: Fischer, Heinz (Hg.) *Das politische System Österreichs*. Wien. 3. Auflage, 111–150.
- Freytag, Norbert (1958) *Die Struktur des österreichischen Nationalrates in der Gegenwart*. Dissertation. Wien.
- Fritsch, Philippe (2001) *Einführung*. In: Bourdieu, Pierre. *Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft*, Konstanz, 7–28 (Edition discours Nr. 1).
- Haavio-Mannila, Elina et al. (eds.) (1985) *Unfinished Democracy. Women in Nordic Politics*. Oxford et al.
- Herzog, Dietrich (1975) *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Nr. 25).
- Hübners Who is Who, hg. vom Who is Who Verlag für Personenzyklopädien. Zug, verfügbar unter: www.whoiswho.co.at, Zugriff: Juli bis Oktober 2009.
- IP 1–16: *Interviews mit Annemarie Aufreiter, Erhard Busek, Karl Delfs, Johanna Dohnal, Martin Falb, Herbert Haupt, Erwin Lanc, Irmtraut Karlsson, Christa Krammer, Heinrich Neisser, Harald Ofner, Maria Rauch-Kallat, Josef Riegler, Susanne Riess-Passer, Norbert Steger und Franz Vranitzky*, geführt im Zeitraum zwischen November 2008 und April 2010.
- Keats-Rohan, Katharine S. B. (2003) *Progress or Perversion? Current Issues in Prosopography: An Introduction*, verfügbar unter: <http://users.ox.ac.uk/~prosop/>, 31. 1. 2010.
- Krais, Beate (2000) *Das soziale Feld Wissenschaft und die Geschlechterverhältnisse. Theoretische Sondierungen*. In: Krais, Beate (Hgin) *Wissenskulturskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*. Frankfurt a. M./ New York, 31–54.
- Kreisky, Eva (1995) *Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung*. In: Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (Hgin) *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt a. M./ New York, 85–124.

- Kreisky, Eva (1997) *Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen*. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hginnen) Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt a. M./New York (Politik der Geschlechterverhältnisse Nr. 8), 161–213.
- Kunovich, Sheri/Paxton, Pamela (2005) *Pathways to Power: The Role of Political Parties in Women's National Political Representation*. In: American Journal of Sociology, Nr. 2, 505–522.
- Lexikon der Wiener Sozialdemokratie (2005), hg. von der SPÖ, verfügbar unter: www.dasrote-wien.at, Zugriff: Juni bis Dezember 2009.
- Lovenduski, Joni/Norris, Pippa (1989) *Selecting Women Candidates: Obstacles to the Feminisation of the House of Commons*. In: European Journal of Political Research, Nr. 5, verfügbar unter: <http://www.blackwell-synergy.com/doi/abs/10.1111/j.1475-6765.1989.tb00206.x>, 2. 11. 2007.
- Lovenduski, Joni/Norris, Pippa (2004) *Westminster Women: The Politics of Presence*. In: Political Studies, Vol. 51, Nr. 1, 1–25.
- Martin, Janet M. (1997) *Women Who Govern: The President's Appointments*. In: Borrelli, Mary Anne/Martin, Janet M. (eds.) *The Other Elites. Women, Politics, and Power in the Executive Branch*. Boulder/London, 51–72.
- Müller, Wolfgang C. u. a. (1988) *Sozialstruktur und Karrieren österreichischer Regierungsmitglieder (1945–1987)*. In: Khol, Andreas u. a. (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987*, Wien/München, 143–163.
- Munzinger-Archiv Online, hg. vom Munzinger-Archiv. Ravensburg, verfügbar unter: www.munzinger.de, Zugriff: Juni bis Dezember 2009.
- Naßmacher, Karl-Heinz (1968) *Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung?* Köln (Demokratie und Frieden Nr. 8).
- Neyer, Gerda (1985) *Politik von, für und gegen Frauen*, Bd. 1: Parlamente und Regierung, IHS-Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts. Wien.
- Neyer, Gerda (1991) *Frauen in der Politik. Parlamentarische Strukturen und ihre geschlechterdifferenzierenden Wirkungen*. In: Angerer, Marie-Luise u. a. (Hginnen) *Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen*. Wien, 57–72.
- Neyer, Gerda (1997) *Frauen im österreichischen politischen System*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien, 185–201.
- Niederkofler, Heidi (2004) *Geschlechtsneutrale Kriterien – geschlechtsspezifische Handhabung. Politische Repräsentation in Österreich*. In: Mesner, Maria u. a. (Hginnen) *Das Geschlecht der Politik*. Wien, 377–404.
- Norris, Pippa (1996) *Women Politicians: Transforming Westminster?* In: Lovenduski, Joni/Norris, Pippa (eds.) *Women in Politics*. New York, 91–104.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1995) *Political Recruitment. Gender, Race and Class in the British Parliament*. Cambridge.
- Österreichisches Parlament (Hg.) *Wer ist wer?*, verfügbar unter: www.parlament.gv.at, Zugriff: Juni bis Dezember 2009.
- Pelinka, Anton (1970) *Elitenbildung in den österreichischen Großparteien*. In: Wort und Wahrheit, Bd. 25, 534–541.
- Personenmappen der Wien-Bibliothek. Zugriff: Dezember 2009 und Jänner 2010.
- Sanbonmatsu, Kira (2006) *Where Women Run: Gender and Party in the American States*. Ann Arbor.
- Sauer, Birgit (2003) *Staat, Demokratie und Geschlecht – aktuelle Debatten*, verfügbar unter: http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/birgit_sauer/birgit_sauer.pdf, 20. 6. 2006.
- Sauer, Birgit (2004) *Staat – Institutionen – Governance*. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hginnen) *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien, 107–125.
- Schwediauer, Veronika (2010) *Same Same But Different: The Political Recruitment of Women and Men to the Austrian Government*, Dissertation, Wien, verfügbar unter: http://homepage.univie.ac.at/veronika.schwediauer/_dissertation_schwediauer_final.pdf, 10. 10. 2011.
- Steininger, Barbara (1992) *Frauen in der österreichischen Politik – eine empirische Analyse 1945–1991*. In: Khol, Andreas u. a. (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991*. Wien/München, 643–666.
- Steininger, Barbara (1999) *Politik als Beruf? Politische Rekrutierung und Professionalisierung in Österreich*. In: Payrleitner, Alfred (Hg.) *Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik*. Wien, 97–110.

- Steininger, Barbara (2000) *Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation*. In: Pelinka, Anton u. a. (Hg.) *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Wien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung Nr. 22), 141–167, verfügbar unter: http://www.schule.at/dl/feminisierung_demokratie.pdf, 20. 5. 2006.
- Steininger, Barbara (2001) *Representation of Women in the Austrian Political System 1945–1998: From a Token Female Politician Towards an Equal Ratio?* In: *Women & Politics*, Nr. 2, 81–106.
- Steininger, Barbara (2006) *Frauen im Regierungssystem*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien, 247–264.
- Stimmer, Gernot (1997) *Eliten in Österreich 1848–1970*. Band II. Wien u. a. (Studien zu Politik und Verwaltung Nr. 57).
- Stirnemann, Alfred (1988) *Rekrutierung und Rekrutierungsstrategien*. In: Pelinka, Anton/ Plasser, Fritz (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*. Wien u. a. (Studien zu Politik und Verwaltung Nr. 22), 599–643.
- Stone, Lawrence (1971) *Prosopography*. In: *Daedalus*, Vol. 100, Nr. 1, 46–79.
- Tálos, Emmerich (1997) *Sozialpolitik*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*. Wien, 567–577.
- Tálos, Emmerich (2006) *Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?* In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien, 425–442, verfügbar unter: http://www.wip-online.org/public/143/talos_sozialpartnerschaft.pdf, 31. 8. 2010.
- Wiso Praxis/ Presse, hg. von der GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH, verfügbar unter: www.wiso-net.de, Zugriff: Jänner 2010.

Kontakt:

veronika.schwediauer@univie.ac.at